

Protokoll über die 9. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1. Amtszeit

Ort: Potsdam / MBSJ
Tag: 12.12.2016
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 16:55 Uhr

Anwesende:

stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Theiss, MdL
Frau Jordan-Nimsch
Frau Dannenberg
Frau Große
Frau Augustin
Frau von Halem
Frau Friedrich
Herr Thiele
Frau Schubert
Frau Schiefelbein
Herr Scharf
Frau Radig
Herr Decker
Herr Tölke
Herr Kostrewa
Frau Schlüter
Frau Uhlworm
Frau Oltmanns
Herr Müller
Frau Berg
Herr Prof. Dr. Knösel

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Isermeyer

entschuldigt:

Herr Günther, MdL

Herr Gall

Frau Matthesius

Frau Petereit

Frau Netzel

Herr Bognitz

Herr Milke

Herr Dr. Müller

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:

Herr Hilliger

Herr Grave

Frau Stobbe

Frau Dr. Bredow

Frau Wagner

Frau Häfner

Herr Friedel

Gäste:

Frau Steidle (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)

Frau Möller (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)

Frau Kraft (DaBEI e.V.)

Herr Prof. Dr. Thomas (Fachhochschule Potsdam)

Frau Dr. Markowska-Manista (Fachhochschule Potsdam)

Frau Budde (Fachhochschule Potsdam)

Protokollführung:

Herr Grave

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

Herr Kostrewa begrüßt die Anwesenden und stellt im Anschluss die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest (17 stimmberechtigte Mitglieder).

Die Behandlung eines nach Versendung der Tagesordnung eingegangenen TOP zur Frage einer „**Empfehlung für die Etablierung regelmäßiger Qualitätsdialoge**“ wird als neuer TOP 6a der Tagesordnung hinzugefügt. Abgesehen davon wird die Tagesordnung in der am 14.11.2016 versendeten Form beschlossen.

TOP 2: Vorstellung des Weiterbildungsmasterstudiengangs „Childhood Studies and Children’s Rights“ (FH Potsdam)

Im Anschluss an eine kurze Vorstellung der eingeladenen Experten (Herr Prof. Dr. Thomas, Frau Dr. Markowska-Manista, Frau Budde) stellt Frau Budde anhand einer Präsentation (**siehe Anlage 1**) die wesentlichen Informationen über den Studiengang vor.

Einzelne Nachfragen der Ausschussmitglieder beziehen sich auf die Finanzierung und auf berufliche Perspektiven.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 26.09.2016

Das Protokoll wird in der am 03.11.2016 versendeten Form durch die Anwesenden genehmigt (**17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen**).

Im Anschluss gibt Herr Grave den Anwesenden folgende personelle Veränderungen im LKJA bekannt:

- ❖ Frau Claudia Schiefelbein tritt die Nachfolge von Herrn Lautenbach als stimmberechtigtes Mitglied an. Frau Hanna Steidle nimmt die damit frei werdende Funktion eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds wahr.
- ❖ Frau Annetrin Friedrich tritt die Nachfolge von Herrn Bernd Mones als stimmberechtigtes Mitglied an. Ferner erfolgt ein Wechsel zwischen Frau Katrin Schubert und Frau Ursula Lohmann-Nentwich betreffend die Funktion von Stimmberechtigung und stellvertretender Stimmberechtigung.
- ❖ Herr Tobias Müller tritt die Nachfolge von Herrn Dr. Stefan Ossege als stimmberechtigtes Mitglied an.
- ❖ Herr Prof. Dr. Peter Knösel übernimmt von Herrn Prof. Dr. Frank Früchtel die Funktion eines stimmberechtigten Mitglieds.

TOP 4: Berichte aus den Unterausschüssen

4.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Herr Isermeyer berichtet, dass der Unterausschuss (UA) am 11.11.2016 getagt hat. Folgende Themen wurden besprochen:

- Erfahrungsaustausch zum Programm „*Willkommen bei Freunden*“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) – Gast: Frau Zirngibl
- Bericht der Unterarbeitsgruppe zur Weiterarbeit am Thema „*Junge Geflüchtete in der Jugend(sozial)arbeit*“ und Austausch zum Thesenpapier. In diesem Zusammenhang verständigen sich die Mitglieder des UA auf die Organisation einer landesweiten Auftaktveranstaltung zur Diskussion der Thesen und Formulierung von Aufträgen durch die kommunalen Jugendhilfeausschüsse und AGs nach § 78 SGB VIII zur Durchführung von kommunalen Fachtagen. Ziel soll sein, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten kommunale Fachtage stattfinden würden. Im Vorfeld der Auftaktveranstaltung soll es ein Arbeitstreffen aller Beteiligten (Unterarbeitsgruppe, MBSJ, SFBB, DKJS) geben.
-

Von den Anwesenden werden zu dem Bericht keine Nachfragen formuliert.

4.2 Kindertagesbetreuung

Frau Schiefelbein berichtet, dass der Unterausschuss am 02.12.2016 getagt hat. Folgende Themen wurden besprochen:

- Stand „*Kitapaket*“ der Landesregierung
- Bundesprogramme (u.a. Kita-Einstieg, Investitionsprogramm)
- Hort (u.a. Situation Mittagessen, räumliche Gegebenheiten, Eingliederungsleitungen)
- Kinderschutzkonzepte nach § 8b SGB VIII
- Umsetzungsstand § 6a KitaG
- Vorhaben: Prüfung der bestehenden Handlungsempfehlungen des ehemaligen Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) zu Kita-Ausschüssen aus dem Jahr 1995

Von den Anwesenden werden zu dem Bericht keine Nachfragen formuliert.

4.3 Hilfen zur Erziehung

Herr Decker berichtet, dass der Unterausschuss am 11.11.2016 getagt hat. Folgende Themen wurden besprochen:

- Vorstellung Fachstelle Kinderschutz

- Diskussion zum Thema Kinderschutz
- Arbeit in Qualitätsdialogen
- Rückblick 4. Erziehungshilfetag (gute Kritiken)
- Berichterstattung aus diversen Gremien
- Empfehlungen Ambulante Hilfen (Beschlussempfehlung wahrscheinlich im Februar 2017)

Von den Anwesenden werden zu dem Bericht keine Nachfragen formuliert.

4.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Herr Thiele berichtet, dass der Unterausschuss eine Sitzung für den 21.11.2016 festgesetzt hatte, diese allerdings kurzfristig abgesagt werden musste.

Von den Anwesenden werden zu dem Bericht keine Nachfragen formuliert.

TOP 5: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG

5.1 Änderung an der Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK) für 2017/2018

Herr Kostrewa informiert die Anwesenden über die Änderungen der Richtlinie. Aufgrund der engen Zeitleiste konnte ein Benehmen nicht im Rahmen einer regulären Sitzung des Ausschusses hergestellt werden. Daher hat der Vorstand des LKJA dies übernommen.

Durch einige Anwesende wird der durch die freien Träger aufzubringende Finanzierungsanteil von 20 Prozent als schwierig angesehen. Davon ausgehend wird kurz über die Möglichkeit eines Schreibens des LKJA an die Landkreise und kreisfreien Städte diskutiert, in dem diese um Übernahme des Anteils gebeten werden sollen. Herr Hilliger und Herr Kostrewa erklären, dass dies jeweils vor Ort geklärt werden müsse.

Abschließend berichtet Frau Uhlworm kurz über die Festveranstaltung zum zehnjährigen Bestehen des Netzwerkes Gesunde Kinder (NGK). Diese wurde durch die Anwesenden als gelungen bewertet.

TOP 6: Beschluss der Empfehlungen zum Aufgabenprofil von Kita-Leitung (Vorlage Nr. 28-09/16)

Frau Schiefelbein führt zunächst kurz in die Thematik ein: Die bisherige Empfehlung des LJHA aus dem Jahr 1999 wurde von vielen Trägern und Einrichtungsleiter*innen zur Überarbeitung empfohlen. Der UA Kindertagesbetreuung hat davon ausgehend eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter Berücksichtigung von Anregungen der Fachpraktiker*innen von kommunalen wie freien Trägern das bestehende Empfehlungspapier überarbeitet hat. Dabei konzentrierte sich die Überarbeitung auf die strukturelle Neuordnung des Papiers, (fach-)sprachliche Anpassungen und die Aktualisierung von Aufgaben- und Verantwortungsbereichen. Eine inhaltliche Ausweitung von Aufgaben erfolgte nicht, vielmehr sind Empfehlungen für die Zuordnung jeweiliger Verantwortungsbereiche eingeflossen.

Folgend erklärt Herr Isermeyer, dass das Ziel einer Differenzierung sinnvoll sei. Ferner gäbe es aber verschiedene Kritikpunkte an den vorliegenden Empfehlungen, u.a. müsse die unterschiedliche Trägerpraxis berücksichtigt werden.

Frau Schiefelbein erklärt, dass dies bereits ausreichend diskutiert wurde. Die Empfehlungen zielten vor allem auf die Klärung von grundsätzlichen Verantwortlichkeiten ab, es gehe nicht um die Zuweisungen von Aufgaben. Fragen der inneren Strukturierung müssten an anderer Stelle geklärt werden. Herr Hilliger ergänzt, dass es sich hierbei um eine Strukturierung des Diskurses mit Orientierungscharakter handle.

Abschließend werden die vorliegenden „Empfehlungen zum Aufgabenprofil Kita-Leitung“ durch die Anwesenden beschlossen (16 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

TOP 6a: Beschluss der Empfehlung für die Etablierung regelmäßiger Qualitätsdialoge (Vorlage Nr. 29-09/16)

Herr Decker führt zunächst kurz in die Thematik ein:

Der Landtag Brandenburg hat in seinem Beschluss (Drucksache 6/3886) vom 28.04.2016 u.a. die Forderung nach Weiterentwicklung und Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung an die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe formuliert. Konkret benannt wird u. a. die Forderung nach *„Weiterentwicklung fachlicher Standards und die Sicherstellung ihrer Einhaltung [...sowie] verbindliche Qualitätsrunden der Jugendämter mit Trägern.“*

Um eine tatsächliche Verbesserung der Qualität zu erreichen, sollte diese ein Ergebnis der Steuerung durch die Profession selbst ist, unter Berücksichtigung der Bedarfe der Hilfebedürftigen. Dazu bedarf es einerseits der Verknüpfung von Theorie und Praxis und andererseits ist ein Dialog notwendig, der zwischen den öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern, ihren Verbänden, dem überörtlichen Jugendhilfeträger und der Politik geführt werden sollte. Zunächst soll im Rahmen eines Fachgesprächs mit den Akteuren festgestellt werden, welche Formen des Dialoges vor Ort bereits existieren/erfolgreich durchgeführt werden. Darüber hinaus soll eruiert werden, ob ein Bedarf für eine entsprechende Handlungsempfehlung in die Kommunen gesehen wird und was diese konkret beinhalten sollte, um die Qualitätsentwicklung vor Ort zu unterstützen.

Auf Nachfrage von Frau Schlüter nach dem Teilnehmer*innenkreis des Fachgesprächs, benennt Herr Decker die örtlichen Jugendämter sowie Vertreter der freien Träger. Grundsätzlich sollte man sich aber über die weiteren Akteure erst im Anschluss an einen möglichen Beschluss verständigen. Herr Hilliger erklärt, dass ein derartiges Fachgespräch grundsätzlich begrüßt würde.

Abschließend wird die vorliegende Empfehlung zur Durchführung eines Fachgesprächs zur Bedarfsfeststellung für die Etablierung regelmäßiger Qualitätsdialoge durch die Anwesenden beschlossen (19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

TOP 7: Grundsätze für die Anerkennung von Trägern nach § 75 SGB VIII der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden vom 7. September 2016

BE: Herr Friedel

Herr Friedel stellt den Anwesenden die Grundsätze vor und weist auf aktuelle Änderungen hin. Es wird verabredet, die vorgestellten Grundsätze als Anlage dem Protokoll hinzuzufügen (**siehe Anlage 2**).

Von den Anwesenden werden zu dem Bericht keine Nachfragen formuliert.

TOP 8: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

BE: Frau Häfner

Zunächst wird der Bericht der in der Sitzung am 26.09.2016 vorgestellten Datenauswertung verteilt (**siehe Anlage 3**).

Nachfolgend informiert Frau Häfner die Anwesenden über

- den aktuellen Stand der jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten für UMA im Land Brandenburg.
- die gestiegene Anzahl von Mädchen und jungen Frauen (v.a. aus Afrika) und den damit verbundenen fachlichen Herausforderungen für die Praxis. Ferner wird hierzu ein Austausch für Januar 2017 angekündigt.
- eine Vielzahl von themenspezifischen Qualifizierungen (30.11.2016: Schnittstelle SGB VIII/Migrationsrecht; 06.12.2016: Radikalisierung) sowie über das Programm des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitutes Berlin-Brandenburg (SFBB).
- den aktuellen Arbeitsstand zur Entwicklung von fachlichen Standards von Clearing. Hierzu wird ein Workshop für den 19.01.2017 mit den Jugendämtern angekündigt, auf den anschließend regionale Veranstaltungen mit „*Willkommen bei Freunden*“ folgen sollen.
- Hinweise zu verfahrensrechtlichen Zuständigkeiten des MIK in Zusammenarbeit mit dem MBJS. Hierbei wird durch das MIK das Primat des SGB VIII anerkannt.

Ergänzend informiert Herr Hilliger zu folgenden Themen:

- Familienzusammenführung: Dies gestaltet sich aufgrund der durch § 42a SGB VIII gesetzten engen zeitlichen Grenzen als schwierig. Darüber hinaus führen Überschneidungen mit dem Ausländerrecht zuweilen zu problematischen Konstellationen
- Kostenerstattung gem. § 89d SGB VIII: Derzeit liegen dem MBJS noch etwa 1.000 offene Rechnungen vor. Angekündigte Abschlagszahlungen an die Jugendämter erfolgen noch in diesem Jahr. Erschwert wird die Bearbeitung durch eingehende Rechnungen über entstandene Kosten vor dem 01.11.2015.
- Schwere Delikte im Zusammenhang mit UMA: Wie kann man darauf reagieren? Hierzu wird eine Diskussion in den UA sowie ggf. mit dem MIK angeregt.

TOP 9: Erörterung zu den Auswirkungen der Erlaubniserteilungen nach § 20 AGKJHG für das Berichtsjahr 2015 (gem. § 12 Abs. 5 S. 2 AGKJHG)

BE: Frau Dr. Bredow, Frau Wagner

Frau Dr. Bredow und Frau Wagner stellen die wesentlichen Punkte eines für den Ausschuss gefertigten Berichts zu den Auswirkungen der Erlaubniserteilungen nach § 20 AGKJHG vor. Es wird verabredet, den Bericht als Anlage dem Protokoll hinzuzufügen (**siehe Anlage 4**).

Herr Prof. Dr. Knösel bittet darum die von Frau Dr. Bredow benannten *Handlungsleitlinien für Kinderschutzkonzepte zur Prävention und Intervention in Kindertageseinrichtungen* der BAG Landesjugendämter als Anlage dem Bericht beizufügen (**siehe Anlage 5**). Frau Dr. Bredow ergänzt, dass darüber hinaus ebenfalls die Handlungsempfehlungen zu den Regelungen im Bundeskinderschutzgesetz sowie zur Umsetzung von Kinderrechten in Kindertagesstätten zur Nachlese zu empfehlen sind (<http://www.bagljae.de/empfehlungen/index.php>; Nr. 114 und 115).

Die Anwesenden verständigen sich darauf, im Nachgang zur Sitzung zu prüfen, welche Punkte des Berichts im kommenden Jahr näher erörtert werden sollten

TOP 10: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Hilliger (MBSJ)

Frau Stobbe berichtet den Anwesenden zu folgenden Themen:

- „*Grundsätze elementarer Bildung*“ (Bildungsordner; inkl. Hortbausteine) werden bis Ende Januar 2017 an alle Kitas verteilt , Festveranstaltung und Vorstellung des Materials mit Min war am 12.12.2017
- Hinweis auf zwei neue Bundesprogramme: „*Kita-Einstieg*“ und „*Kita-Plus*“. Eine Information hierzu ergeht noch in der 50. KW.

Herr Hilliger berichtet den Anwesenden zu folgenden Themen:

- **„Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern“ - Zwischenbericht 2016 von Bund und Ländern und Erklärung der Bund-Länder-Konferenz (siehe Anlage 6)**: Im Anschluss an den strukturellen Ausbau steht nun die Frage der qualitativen (Weiter-)Entwicklung vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedarfe in den einzelnen Ländern, im Raum.
- **Haushaltsaufstellung im Bereich der Kindertagesbetreuung**: Vier wesentliche Bereiche: 1) Verbesserung des Personalschlüssels für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung (1:11,5 in 2017 und 1:11 in 2018) und Maßnahmen aus dem sog. Kita-Paket: 2) Förderung von sog. Kiez-Kitas zur Qualitätsentwicklung durch Stärkung der Zusammenarbeit mit Eltern, 3) Verbesserung des Leitungsschlüssels 4) Invest-Programm zur Modernisierung, Ausbau und Neubau von Kitaplätzen.
- **SGB VIII-Änderung**: Die derzeit diskutierte Fassung vom 23.08.2016 des BMFSFJ wurde zurückgezogen, ein endgültiger Entwurf steht nach wie vor aus. Trotzdem soll es im Land Brandenburg hierzu eine Diskussion geben. Ein entsprechender Austausch wird für den 12.01.2017 angekündigt.

- **Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes:** Die geplante Umsetzung zum 01.01.2017 erweist sich als schwierig. Die Befassung in der MPK am 08.12.2016 verlief ohne endgültige Verständigung. Aufgrund dessen sind die Einrichtung einer weiteren Arbeitsgruppe und die nochmalige Behandlung wahrscheinlich.
- Beschluss des Landtages zur **Aufstockung des Landesjugendplanes** für die Jahre 2017/18 um 200.000 € für Jugendverbandsarbeit sowie um 100.000 € für Jugendbildung und Jugendbegegnung.
- **Aktueller Arbeitsstand des Entwurf einer Verwaltungsvorschrift für das Handeln der Einrichtungsaufsicht im Betriebserlaubnisverfahren gemäß § 45 SGB VIII für (teil-)stationäre Angebote der Hilfen zur Erziehung sowie der Eingliederungshilfen und Wohnheime bzw. Internate im Land Brandenburg.** Der Diskussionsprozess steuert aktuell auf eine abschließende Lösung hin.
- Stärkung der Jugendarbeit mit jungen Flüchtlingen, v.a. hinsichtlich der Verbesserung der Internet-Kommunikation aus Restmitteln des Landesjugendplanes
- **Entwurf des MIK zur Kreisgebietsreform:** Problematisch bleibt die Frage nach der Handlungsfähigkeit von Ehrenämtern (z.B. Jugendparlamente)

TOP 12: Verschiedenes

- Folgende Themen werden besprochen:
 - Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) zum Thema Familienbildung
 - Anfrage zu Möglichkeiten der schulischen Einmündung von Kindern mit Asperger-Syndrom. Herr Hilliger empfiehlt, sich in dieser Frage direkt an die Schulämter zu wenden.
- Terminplanung 2017:
Herr Kostrewa benennt die Sitzungstermine für das Jahr 2017. Diese wurden den Mitgliedern des LKJA bereits mit der Einladung übermittelt.
 - Montag 20.02.2017 (14.00 Uhr – 17.00 Uhr)
 - Montag 15.05.2017 (14.00 Uhr – 17.00 Uhr)
 - Montag 25.09.2017 (14.00 Uhr – 17.00 Uhr)
 - Montag 04.12.2017 (14.00 Uhr – 17.00 Uhr)

Herr Kostrewa schließt die Sitzung um 16:55 Uhr.

gez. Hermann Kostrewa
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer/-in

Anlagen:

- 1) Präsentation zur Vorstellung des Weiterbildungsmasterstudiengangs „*Childhood Studies and Children’s Rights*“
- 2) Grundsätze für die Anerkennung von Trägern nach § 75 SGB VIII der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden vom 7. September 2016
- 3) Bericht zur Datenerhebung August 2016 - Unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer im Land Brandenburg
- 4) Bericht des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zu § 12 Absatz 5 AGKJHG
- 5) *Handlungsleitlinien für Kinderschutzkonzepte zur Prävention und Intervention in Kindertageseinrichtungen* der BAG Landesjugendämter
- 6) „*Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern*“ - Zwischenbericht 2016 von Bund und Ländern und Erklärung der Bund-Länder-Konferenz